

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich ausser an Feiertagen, 6 Uhr für den folgenden Tag. Preis: 10 Pf. Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Wilsdruff: Die Zeitungs-Verkaufsstelle im rechten Teil 100 Halbpennig. Nachverlangungsbüro 20 Halbpennig. Sonntags- und Feiertagsausgaben nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 83. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Verleger: Dresden 2640. Mittwoch, den 8. April 1925.

Bankt Herriot?

Der französische Ministerpräsident Poincaré hatte am 11. Mai vergangenen Jahres eine Wahlniederlage erlitten, die ihn zum Rücktritt zwang; aber sein Nachfolger Herriot verfügte doch nicht über eine derart geschlossene Mehrheit, daß sein Dasein als Ministerpräsident ein völlig ungetrübt wurde. Er brauchte die Unterstützung der Sozialisten und erkaufte sich diese durch seine gegen die katholische Kirche gerichtete Politik, gefährdete sie sich aber durch seine Pläne zur Finanz- und Steuerreform nicht minder wie durch seine Augenpolitik; auf dem Kongress von Grenoble hatten die Sozialisten sich teilweise sehr scharf gegen Herriot geäußert. Sie waren zu lauen Freunden geworden. Andererseits hatte die Kirchenpolitik die Gegner Herriots zur Rechten wieder auf den Plan gerufen, die mit seiner von Poincaré'schem Geiste erfüllten Außenpolitik sehr zufrieden waren, aber doch jede Gelegenheit benutzten, um als Opposition dem Ministerpräsidenten all und jede Schwierigkeit zu bereiten. Man muß bedenken, daß das französische parlamentarische Leben ganz anders ist als das unfreie, daß die Gesetzmäßigkeit, die Partei nicht zusammengehalten wird durch irgendein „Programm“, gar weltanschauungsmäßig wie bei uns, sondern nur durch die Persönlichkeit des Führers und die Politik, die er macht, und durch die Interessen, die die Mehrheit mit der Staatsverwaltung oder den Beamtenposten verknüpfen. Spürt diese Mehrheit, daß sich etwa eine Umwandlung in der Stimmung der Wählermassen vollzieht, so kann ein anscheinend festgefügtes und feststehendes Ministerium über Nacht zersplittern und kürzen.

Die Art, wie im Ministerium Herriot die Krise ausbrach, ist wieder ein Beispiel dafür. Der Finanzminister Clement wurde von seinem Ministerpräsidenten in einer Weise behandelt, die ihn zum Rücktritt zwang. Und — auch das ist bezeichnend — wegen Clements Ausretren vor dem Senat. Denn im Senat konzentriert sich der Widerstand gegen Herriot; er hat infolgedessen auf die dortige Gegnerschaft weitgehendste Rücksicht nehmen müssen. Freilich nur bis zu einem bestimmten Punkte. Herriots Anstrengungen gehen daher, die Finanzgebarung Frankreichs, die durch Poincaré's Politik zu einer üblen Schuldenswirtschaft mit schweren inflationistischen Gefahren geworden war, durch eine große Steuerreform wieder zu sanieren; er erblidete darin seine hauptsächlichste innerpolitische Aufgabe. Entsprechend seiner ganzen politischen Einstellung soll diese Reform einen starken „antikapitalistischen“ Zug enthalten — weil sich Herriot dadurch die Unterstützung der Linken erhalten will —, stößt aber damit auf den scharfen Widerstand der im politischen Leben Frankreichs liberale mächtigen Wirtschaftskräfte. Herriot fühlt sich selbst schon gefährdet, weil seine Reformvorschlüge im Senat auf Ablehnung stoßen können. Nicht ungeschickt ist es, daß er gerade die Besteuerung des Kapitals als parlamentarischen Gefahrenpunkt in den Vordergrund schiebt, weil er bei einer etwaigen Neuwahl auf weite Wählerkreise hofft.

Bisher hat aber auch das nichts genützt; denn bei der in Paris und dem Seine-Departement stattgefundenen Neuwahl zum Senat wurde einer der hervorragendsten Rechtspolitiker, der bekannte frühere Staatspräsident Millerand, gewählt, und zwar mit absoluter Mehrheit. Er ist erbittertester Gegner Herriots, weil dieser ihn zwang, sein Amt niederzulegen; gewählt wurde er jetzt sogar gegen einen Sammelkandidaten des gesamtfranzösischen Linksblocks.

Herriot hatte niemandem anders als Doumergue das Finanzministerium angeboten, der aber doch gerade der Führer der französischen Sozialdemokratie ist. Der hat sich dafür ergeben bedankt, in ein Schiff hineinzusteigen, das sich nur noch mühsam zwischen den Klippen hindurchwindet und jeden Augenblick stranden kann. De Monzie, der neue Finanzminister, bedeutet aber an sich schon eine kleine Konzession nach rechts; man erregt sich in sozialistischen Kreisen auch darüber, daß de Monzie bei Herriot Forderungen durchsetzte, die ein Abweichen von der bisherigen intransigenten gegen den Vatikan gerichteten Politik bedeutet.

Melancholisch spricht Herriot selbst schon von der Möglichkeit einer Kammerauflösung, weil er auch dort einer Mehrheit für seine Steuerreformvorschlüsse sicher ist. Es ist eben Tatsache, daß es ihm bisher nicht gelungen ist, eine wirklich durchgreifende Sanierung des Budgets und des — Franz zu erreichen; ob an ihm die Schuld liegt, ist erst eine zweite Frage. Bedeutet doch der wichtigste Teil seiner Vorschlüge, die Herausgabe von 4-5 Milliarden besonderer Geldscheine, garantiert durch kommerzielle Wertpapiere, eine Deklassierung des ordentlichen Zahlungsmittels. Vor allem aber drückt auf dieses die äußere Schuld, die den Franz bis auf etwa ein Viertel seines Friedenswertes vermindert hat. Schon beträgt der Notenumlauf 40-41 Milliarden.

In den nächsten Tagen schon soll sich das Schicksal Herriots im Senat und Kammer entscheiden; die Führer, die ihn hinaustragen, vor allem aber seinen Ministerpräsidentensessel bestiegen wollen, stehen schon vor der Tür.

Stillegung in den Sicherheitspaktverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 7. April. In den Verhandlungen wegen des deutschen Sicherheitspaktes ist, wie das nicht anders zu erwarten war, ein gewisser Stillstand eingetreten. Einerseits sind durch die Verhältnisse in Frankreich irgendwelche entscheidende Beschlüsse unmöglich, andererseits ist die erwartete Note der französischen Regierung bisher noch nicht eingetroffen. Weitere Verzögerungsgründe liegen in der jetzt beginnenden größeren Unterbrechung der politischen Arbeit durch die Parlamentsferien zu Ostern und zu Pfingsten. Bis zur Parlamentsvertagung gegen Ende Juli müßten die gesamten Probleme durchberaten und entschieden werden, denn am 15. August ist die Räumung des Ruhrgebietes durch die Franzosen fällig.

Genickstarrepidemie im Saargebiet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Saarbrücken, 7. April. Im Ortsteil Papiermühle der Gemeinde Schwalbach (Saarland) ist eine Genickstarre-Epidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind im ganzen drei Todesfälle zu verzeichnen, während fünf Erkrankte nach Saarbrücken bezw. Wadgassen (Kreis Saarlouis) ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Kinder des betreffenden Ortes dürfen die Schule nicht besuchen und die Arbeiter nicht zur Arbeit gehen.

Frankensturz und Herriots Bedrängnis.

De Monzie's Rettungsplan.

Aber den Inhalt von de Monzie's Sanierungsentscheidungen laufen in Paris die verschiedensten Gerüchte um. So erzählt man, daß er die Ausgabe neuer besonderer Banknoten in Höhe von 4-5 Milliarden Mark, zu deren Deckung die Industriewerte herangezogen werden sollen, plane. Der „Matin“ verbreitet die Nachricht, daß eine freiwillige Kapitalabgabe in Aussicht genommen sei. Der Senat würde auf eine „Erforschung“ der vorhandenen Kapitalien verzichten und einen Appell an die Ehrlichkeit und Vaterlandsliebe der Kapitalisten richten. Erst wenn ein solcher Appell keinen Erfolg haben sollte, würden strengste Maßnahmen ergriffen werden.

Nach dem „Gaulois“ soll der Notenumlauf auf das gesetzliche Maß bereits um 2 Milliarden überschritten haben. Nach demselben Blatt soll de Monzie eine größere Konsolidierungsanleihe auflegen wollen.

Morgen Unterhausbesprechung über die 26-prozentige Abgabe.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 7. April. In der heutigen Unterhausbesprechung wird Churchill die Resolution zur Änderung der 26prozentigen Reparationsabgabe einbringen. Voraussichtlich wird der Regierungsantrag ohne ernstliche Diskussion angenommen werden, so daß das von Deutschland und England unterzeichnete Abkommen in Kraft treten kann.

Die Gewerkschaften beim Reichstanzler.

Wünsche zur Sozial- und Steuerpolitik.
Auf Antrag der Spitzengewerkschaften wurden die führenden Persönlichkeiten aller gewerkschaftlichen Richtungen durch den Reichstanzler in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers, des Staatssekretärs Dr. Geib sowie von Vertretern der anderen beteiligten Reichsressorts empfangen. Von Seiten der Gewerkschaftsvertreter wurde die wirtschafts- und sozialpolitische Lage, vom Standpunkte der Arbeitnehmer aus betrachtet, ausführlich dargelegt. Es trat dabei die Befürchtung zutage, daß die politische Entwicklung in einer Richtung verlaufe, die infolge zu weitgehender Schonung des Besitzes wichtige Belange der Arbeitnehmer, insbesondere auf dem Gebiete der Sozial- und Steuerpolitik gefährde.

Die Vertreter der Reichsregierung nahmen die Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis und stellten eine Prüfung der vorgetragenen Wünsche in Aussicht. Insbesondere erklärte der Reichstanzler, daß die Reichsregierung den Erfordernissen der Sozialpolitik nach wie vor das vollste Verständnis entgegenbringe und bestrebt sei, mit den Arbeitnehmerkreisen in den schwebenden Fragen weiterhin in Verbindung zu bleiben.

Zusammentritt der amerikanischen Schuldensundierungskommission.

Paris, 7. April. Wie aus Washington mitgeteilt wird, tritt die Schuldensundierungskommission nach Ostern zusammen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Präsident Coolidge zu einem Schritt in der Schuldenfrage veranlaßt werden soll.

Amerika drängt auf Regelung der Kriegsschulden.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
New York, 7. April. Unterstaatssekretär Winston reist Ende der Woche nach Paris und London. In politischen Kreisen wird erklärt, Winston werde besonders in Paris über die Schuldenregelung verhandeln und aus dem gleichen Grunde nötigenfalls auch Rom einen Besuch abstatten.

Borah für zurückhaltende Europapolitik.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Washington, 7. April. Senator Borah hat in Chicago eine Rede gehalten, in der er seine alte These verteidigt, daß die Vereinigten Staaten nicht allzu starken Anteil an den Geschicken Europas nehmen sollten. Amerika habe schon mehr als genug getan. Seine Soldaten hätten den Sieg im Weltkrieg errungen und wir haben für diese Dienstleistung keine Reparationen und keine Annetionen beansprucht. Ferner habe Amerika durch den Dawes-Plan die tödlichen, vernichtenden Wirkungen des Versailleser Vertrages, den Europa in einer Stunde des Wahnsinns sich selbst als Lebensgefäß aufgestellt hat, erleichtert. Dennoch mache man den Amerikanern den Vorwurf, sie interessierten sich nicht genügend für das, was außerhalb ihrer eigenen Grenzen vorgehe, und schloßen sich in egoistischer Isolierung ab. Demgegenüber wolle er betonen, daß Amerika zuerst und vor allem an sich selbst denken müsse. Internationale Verpflichtungen müßten anerkannt werden. Dabei dürfe man jedoch nicht so weit gehen, die eigenen Interessen zu vernachlässigen. Nur ein freies und unabhängiges Europa könne mithelfen beim Aufbau eines neuen internationalen Rechtsverfahrens zur Sicherung des Weltfriedens, damit ein für allemal das Recht an Stelle der Gewalt trete.

Die Wirren in China.

London, 6. April. Wie Reuters aus Peking meldet, griffen Truppen der Regierung von Honan die Stadt Chenku (1) an, wo der britische Missionar Tomlinson und seine Frau hielten. Tomlinson sagt, daß ihr Leben den belagerten Streitkräften verfallen sei, falls die Stadt eingenommen wird. Die britische Gesandtschaft in Peking erhob Vorstellungen beim chinesischen Außenministerium, welches daraufhin an den Militär-gouverneur von Honan telegraphierte und ihn dringend ersuchte, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um Leben und Eigentum Tomlinsons und der anderen Ausländer zu schützen. Die Feindseligkeiten stehen jedenfalls mit dem Kampfe gegnerischer Anwärter auf die Stellung eines Militär-gouverneurs in der Provinz Honan in Verbindung.

Das Kabinett Braun.

Die Ernennung der preussischen Minister.
Der Preussische Landtag hat den Ministerpräsidenten a. D. Braun zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Ministerpräsident Braun hat den Staatsminister Dr. am Behring zum Staats- und Justizminister, den Staatsminister Severing zum Staatsminister und Minister des Innern, den Staatsminister Hirtzfelder zum Staatsminister und Minister für Volkswohlfahrt, den Staatsminister Professor Dr. Weder zum Staatsminister und Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, den Staatsminister Steiger zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, den Staatsminister Dr. Hüpper-Archoff zum Staats- und Finanzminister und den Staatsminister Dr. Schreiber zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe ernannt.

Septembertagung des Deutsch-Osterreichischen Alpenvereins.
München, 6. April. Wie die Münchener Zeitung erfährt, wird die nächste ordentliche Hauptversammlung des Deutsch-Osterreichischen Alpenvereins in der ersten Septemberhälfte dieses Jahres in Innsbruck stattfinden. Der genaue Zeitpunkt und die Tagesordnung werden im Juni bekanntgegeben.